

Dresdner Neueste Nachrichten

Abgabe: Die 26 mm breite Seite kostet 0,30 Reichsmark, für auswärts 0,35 Reichsmark, für das Ausland 0,40 Reichsmark. Die Postgebühren sind in der Preisliste angegeben. Die Druckkosten sind im Preis inbegriffen. Die Redaktion ist für die Rücknahme von Beiträgen nicht verantwortlich.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 R.-Mark, für den vollen Monat 2 R.-Mark. Einzelnummern 10 Pfennig.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 024, 2 7951, 2 7952, 2 7953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr 276

Donnerstag, 26. November 1925

XXXIII. Jahrg.

Die Londoner Festlichkeiten abgefragt

Wahrscheinlich Unterzeichnung des Vertrags durch die Botschafter — Erbitterte Kämpfe in Syrien und Uebergreifen der europafeindlichen Bewegung auf Aegypten

Stresemann und seine Gegner

Von unserem B.-Mittearbeiter

Berlin, 25. November

Die große Socarno-Debatte ist außerordentlich verhältnismäßig still verlaufen. Die öffentliche Meinung und die Presse, deren Meinung der Kanzler sich befehlen hat, schenken sich nicht an die Details der Verhandlungen, sondern nur an die Ergebnisse. Es ist ja auch im Grunde jedes Verhandlungsmoment, das sich auf die Hauptfrage des Vertrags bezieht, von den Parteien als ein wichtiges Moment betrachtet worden. Von der Deutschen Seite ist die Zustimmung zum Vertrag durch die Sozialdemokraten, die ja auch im Grunde jedes Verhandlungsmoment, das sich auf die Hauptfrage des Vertrags bezieht, von den Parteien als ein wichtiges Moment betrachtet worden.

Die Zustimmungserklärungen, die nach dem Ende der Socarno-Debatte abgegeben wurden, lassen erwarten, dass gewisse Gradunterschiede zwischen den Parteien bestehen werden. Herr Weis, wie immer von etwas großzügiger Art, überbrachte das bedingungslose Ja der Sozialdemokraten. Nicht ohne grimmige Ausfälle gegen die Deutschnationalen, aber doch auch mit manchen wohlgezielten Seitenhieben auf die Kommunisten und deren Moskauer Instrukteure. Ein recht interessantes Einwendungs- und Bedenkenentwurf des Zentrum-Communisten, zu dessen schmerzhaftem Verfall Herr Stresemann nicht ohne Anteilnahme zusehen konnte. Seine Ausführungen bezogen sich namentlich auf die Rückwirkungen, soweit sie sich auf das deutsche Volk erstrecken.

Mit fast größerer Entschiedenheit als das Zentrum hat sich die Deutsche Volkspartei an die Seite ihres Führers, des Außenministers, und somit auch an die des Kanzlers, Herrn Weis, der stets mit freudigem Herzen dem Minister spielte, wenn es galt, die Weis nach rechts zu schlagen, und der die Vorteile einer Zusammenarbeit nicht nur in den leuchtendsten Farben schilderte, sondern auch die Aufgabe der Volkspartei an die bisherigen Koalitionen ließ, obwohl sie in ihrer letzten Sitzung die Unterzeichnung des Vertrags nicht ohne gewisse Bedenken zum Ausdruck gebracht hat. Die Volkspartei hat heute nach der Sitzung des Reichstages die Zustimmung zum Vertrag erklärt.

Das Zentrum der Debatte bildete die Auseinandersetzung Dr. Stresemanns mit der Opposition. Dieser sagte: mit den Deutschnationalen. Denn weder den hier am Konzept stehenden Kommunisten Thälmann — er und nicht die in Dresden aufgetauchte Frau Heilmann — noch den in Braunschweig lebenden Grafen Kesselring von den Reichstagen wird man als ernsthaften Gegner anerkennen dürfen. Herr Weis' Angriffe auf Stresemann sind eine Art Verteidigung, die zeitlich mehrere Stunden andauerte, dessen Zweck es war, die Opposition zu zerschlagen, die zum Konflikt und zum Bruch der deutschnationalen Koalition mit dem Kabinett geführt haben. Der Graf Weis hat am Ende der Debatte nicht als „Hauptgegner“ bezeichnet, sondern als „Hauptgegner“ bezeichnet, was der Graf jedoch an dem Vertragswert anzuhängen hatte und was der Außenminister hinterher mit der bedingten Ablehnung über die in so reichem Maße verfügte, sozusagen als Ausgeburt einer selbstmitleidigen Phantasie abzutun sich mühte, umsofort ja begann, die auch andere gesagt haben und noch hören. Die es aber glauben letzten Endes doch beizubehalten zu müssen, weil vom Schlagwort allein, zu dem die Deutschnationalen sich wieder anschließen haben, für die Dauer kein Volk zu erklären vermögen. Am allermeisten eines, das in seiner Verlogenheit so auf Täuschung und Kompromisse angewiesen ist, wie das deutsche Volk. Nachvoll in der Form, dass in der Sache, sagte sich Weisard Anti-Socarno-Debatte auf den Vorwurf zu, die Delegation hätte zum mindesten nicht in doppelter Verbindung paratieren, sondern die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen offen lassen müssen. Zweifellos ein Gebot, der etwas Dr. Stresemann die Situation glaubhaft schilderte, in Socarno die Dinge doch bereits so weit gediehen, dass ein solch baldiger Rückzug uns um jeden

Im Kampfe mit Poincaré

Rechtskabinetts Doumer oder Linkskabinetts Herriot?

Telegramm unseres Korrespondenten

Paris, 25. November
Briand's Versuch, durch die Zusammenfassung aller republikanischen Parteien, von den Sozialisten angefangen bis zur Mitte, ein großes Kabinett der Verständigung herzustellen, ist gescheitert. Senator Doumer, den der Präsident der Republik hierzu ersuchte, die Kabinettsbildung zu übernehmen, wandelt wie in einem schönen Traum. So schließt er gestern Abend der gestrige Ministerpräsident Poincaré den Journalisten die Situation. Zunächst findet man auch in seinem einzigen der heutigen Vorgesandten eine wirklich ernste Beurteilung der Aufgaben des künftigen Kabinetts, der übrigens in den letzten drei Jahren wegen der Chinakontakts einige unangenehme Augenblicke erlebte. Doumer ist vorläufig vom Präsidenten der Republik dazu benannt worden, am den von Briand abgelehnten Versuch, ein Kabinett aus dem rechten Flügel des Kartells der Linken und den Parteien der Mitte heraus zu bilden, noch einmal zu wiederholen. Unter einem solchen Kabinett und seinem schwachen Führer würden natürlich die Schattenseiten Poincaré's und Briand's liegen. Das Doumer dieses Experiment nicht mehr zu Ende führen können, daran zweifelt man nicht. Im Laufe des heutigen Tages wird der große Senator mit seinen politischen Freunden, zu denen hauptsächlich Poincaré und Briand gehören, Beratungen ansetzen und ihnen sein sogenanntes „Entwurfsvorhaben“ vorlegen, in dem unter anderem eine Verabschiedung der Umfassung der Verfassung ist vorgesehen. In diesem Entwurf ist es vorgesehen, dass sofort eine bedeutende Erweiterung des Kabinetts durch Aufnahme von Mitgliedern des Kartells der Linken, die von den rechtstehenden Parteien und einem Teil der Wirtschaft in Kammer und Senat bereits seit längerer Zeit vorbereitet werden. Der große Senator Doumer dürfte dann benannt werden, diese Inflationen bis Ende des Jahres in einem gewissen Ausmaß anzuverwirklichen.

Da die Linksparteien die in diesen Plänen liegende ungeheure Gefahr klar erkannt haben — das Schicksal Deutschlands ist ein warnendes Monstrum —, so ist gestern Abend eine Annäherung zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialisten zustande gekommen. Die Sozialisten, die bekanntlich gestern Vormittag Briand so schwere Vorwürfe machten, entschlossen sich, unter der Drohung eines Kabinetts Doumer mit sozialistischen Ministern, ihre Forderungen hinsichtlich ihrer Beteiligung an einer neuen Regierung zurückzugeben. Sie erklärten, dass sie bereit wären, mit den linksbürgerlichen Parteien zusammenzugehen und gemeinschaftlich an der Herbeiführung einer neuen Kartellregierung zu arbeiten. Das Zusammengehen mit den sogenannten gemäßigten Republikanern in der Mitte lehnten die Sozialisten ab, weil sie die Mehrheit, die sich aus den linken Wahlen ergeben hat, ohne irgendwelche Verfassungen wiederherstellen sehen wollten. Infolge dieser Änderung in der sozialistischen Taktik dürfte die von dem Präsidenten der Republik, Doumerque, vorgeschlagene Kombination Doumer sehr wohl in der nächsten Zeit verwirklicht werden, doch ein sozialistischer Antrag erhält, ein neues linksbürgerliches Kabinett gemeinschaftlich mit den Sozialisten zu bilden.

In Voraussicht dieses Ereignisses bereiten die oppositionellen Zeitungen und auch die Boulevardblätter einen gefährlichen Angriff auf die Kartellregierung vor. Sie erklären heute, dass das Kartell gemeinschaftlich mit den Sozialisten die Vorkabinett in Frankreich vorbereite, und sie wehren sich gegen einen solchen Plan, indem sie geltend machen, dass die Interessen der französischen Volkspartei und die Interessen der Sozialisten nicht zusammenkommen können. Der Kampf tritt heute in seine gefährlichste Phase, und es wird sich jetzt entscheiden, ob das Kartell imstande ist, ein Kabinett zu bilden. In diesem Zusammenhang wird von einem Kabinett Herriot-Vion-Briand-Boncour gesprochen. Briand erklärte sich schon gestern Abend im voraus mit einer solchen Kombination einverstanden, denn er verlangt nur die Aufrechterhaltung seiner Persönlichkeit im auswärtigen Amt zwecks Durchführung der noch zu erledigenden Aufgaben des Socarno-Vertrages.

Das Ende der badischen Ministerkrise
Zentrum und Sozialdemokraten bilden das Kabinett

Karlsruhe, 25. November. In Baden ist die Entscheidung über die Neubildung der Regierung gestern Abend gefallen. Das Zentrum stimmt in einer Erklärung an, dass es sich entschlossen habe, zusammen mit der Sozialdemokratie eine neue Regierung zu bilden. Damit sind alle Bemühungen um Bildung der Großen oder der Weimarer Koalition gescheitert. Der Austritt der Demokraten aus der Regierung soll wegen der heftigen Angriffe des Zentrums gegen den Staatspräsidenten Weisard in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident, andererseits wegen der Angriffe der Demokraten anlässlich der Annahme des Ein-

lichen Paktens und den Sozialisten zustande gekommen. Die Sozialisten, die bekanntlich gestern Vormittag Briand so schwere Vorwürfe machten, entschlossen sich, unter der Drohung eines Kabinetts Doumer mit sozialistischen Ministern, ihre Forderungen hinsichtlich ihrer Beteiligung an einer neuen Regierung zurückzugeben. Sie erklärten, dass sie bereit wären, mit den linksbürgerlichen Parteien zusammenzugehen und gemeinschaftlich an der Herbeiführung einer neuen Kartellregierung zu arbeiten. Das Zusammengehen mit den sogenannten gemäßigten Republikanern in der Mitte lehnten die Sozialisten ab, weil sie die Mehrheit, die sich aus den linken Wahlen ergeben hat, ohne irgendwelche Verfassungen wiederherstellen sehen wollten. Infolge dieser Änderung in der sozialistischen Taktik dürfte die von dem Präsidenten der Republik, Doumerque, vorgeschlagene Kombination Doumer sehr wohl in der nächsten Zeit verwirklicht werden, doch ein sozialistischer Antrag erhält, ein neues linksbürgerliches Kabinett gemeinschaftlich mit den Sozialisten zu bilden.

In Voraussicht dieses Ereignisses bereiten die oppositionellen Zeitungen und auch die Boulevardblätter einen gefährlichen Angriff auf die Kartellregierung vor. Sie erklären heute, dass das Kartell gemeinschaftlich mit den Sozialisten die Vorkabinett in Frankreich vorbereite, und sie wehren sich gegen einen solchen Plan, indem sie geltend machen, dass die Interessen der französischen Volkspartei und die Interessen der Sozialisten nicht zusammenkommen können. Der Kampf tritt heute in seine gefährlichste Phase, und es wird sich jetzt entscheiden, ob das Kartell imstande ist, ein Kabinett zu bilden. In diesem Zusammenhang wird von einem Kabinett Herriot-Vion-Briand-Boncour gesprochen. Briand erklärte sich schon gestern Abend im voraus mit einer solchen Kombination einverstanden, denn er verlangt nur die Aufrechterhaltung seiner Persönlichkeit im auswärtigen Amt zwecks Durchführung der noch zu erledigenden Aufgaben des Socarno-Vertrages.

Das Ende der badischen Ministerkrise
Zentrum und Sozialdemokraten bilden das Kabinett

Karlsruhe, 25. November. In Baden ist die Entscheidung über die Neubildung der Regierung gestern Abend gefallen. Das Zentrum stimmt in einer Erklärung an, dass es sich entschlossen habe, zusammen mit der Sozialdemokratie eine neue Regierung zu bilden. Damit sind alle Bemühungen um Bildung der Großen oder der Weimarer Koalition gescheitert. Der Austritt der Demokraten aus der Regierung soll wegen der heftigen Angriffe des Zentrums gegen den Staatspräsidenten Weisard in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident, andererseits wegen der Angriffe der Demokraten anlässlich der Annahme des Ein-

Das Ende der badischen Ministerkrise
Zentrum und Sozialdemokraten bilden das Kabinett

Karlsruhe, 25. November. In Baden ist die Entscheidung über die Neubildung der Regierung gestern Abend gefallen. Das Zentrum stimmt in einer Erklärung an, dass es sich entschlossen habe, zusammen mit der Sozialdemokratie eine neue Regierung zu bilden. Damit sind alle Bemühungen um Bildung der Großen oder der Weimarer Koalition gescheitert. Der Austritt der Demokraten aus der Regierung soll wegen der heftigen Angriffe des Zentrums gegen den Staatspräsidenten Weisard in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident, andererseits wegen der Angriffe der Demokraten anlässlich der Annahme des Ein-

Ein Brief aus London

Telegramm unseres Korrespondenten

Ein schönes Dekretionsstück nach dem andern fällt von dem geplanten festlichen Programm für die Unterzeichnung des Socarno-Vertrages weg. In Deutschland dürfte dies auch niemand besonders bedauern, da wir keinerlei Anlass haben, besondere Jubelstimmung an den Tag zu legen. Die britische Regierung hat gestern dem auswärtigen Amtern der beteiligten Länder im offiziellen Anhörungsstück, ihre in London des britischen Botschafters bzw. Gesandten zur Unterzeichnung zu erwünschten, falls die Staatsmänner diesen Wunsch einem persönlichen Besuch in London vorziehen würden. Diese Mitteilung ist von der Versicherung begleitet, dass ein Besuch der Staatsmänner natürlich willkommen wäre, wenn sie sich trotzdem dazu entschließen sollten. Man nimmt als selbstverständlich an, dass daraufhin der Besuch der Minister unterbleiben wird, was in Frankreich wegen der Kabinettskrise und in Italien wegen der antisozialistischen Propaganda in England den Wünschen der maßgebenden Stellen entsprechen würde. Doch unter diesen Umständen die britischen Minister allein kommen würden, ist nicht zu erwarten. In diplomatischen Kreisen bedauert man natürlich die Nichtverwirklichung einer bedeutenden Anwesenheit der Staatsmänner von Socarno, die im Interesse einer offenen Aussprache über die Frage weiterer Maßnahmen sehr wünschenswert gewesen wäre. Dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ zufolge ist die deutsche Regierung bereits Schritte zur Ausübung der Verfassungskriterien, die Deutschland im Balkanbündnis vertreten sollen, und zwar nicht nur der deutschen Delegation im Balkanbündnis, sondern auch der deutschen Mitglieder im Sekretariat und in den verschiedenen technischen Sachverständigenkommissionen.

Aegypten am Vorabend weittragender Ereignisse

Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten

Kairo, 25. November. (Durch United Press)

Nach abgemachter Auflassung hat Aegypten am Vorabend weittragender Ereignisse. Der Umsturz der Pasha wird am besten gekennzeichnet durch die dem Führer der nationalen Opposition, Saad Pasha, eingeräumten Vorrechte. Während Saad Pasha bisher tatsächlich in seinem Hause ein Gefangenener der aus dem Schlepptau des britischen Regimes war, und ihm alle Reden und Abschlüsse jedes öffentlichen Auftretens verboten waren, darf er jetzt ungehindert Auftritte halten und seine politischen Freunde empfangen. Ebenfalls finden Deputationen aus allen Teilen des Landes unbeschwert den Zutritt zu seinem Hause. Der Grund für diese radikale Wendung der Politik der Regierung ist unklar, doch ist zu sehen, dass Saad Pasha und seine Anhänger durch scharfe Maßnahmen die Opposition noch mehr als bisher herausfordern. Auch die unerkennbaren Sympathien, die ein Teil der khalifischen Umarmung für Saad Pasha und seine engherzige Politik hat, sollen an dem Stimmungsumschwung einen großen Anteil haben. Schon die allerersten Tage dürften die Auswirkungen dieser veränderten Lage bringen, und man glaubt, dass sich diese in mehr als einer Hinsicht bemerkbar machen werden.

Wetterlöcher

Paris, 25. November. Der frühere egyptische Reichstagsabgeordnete Kabb Wetterlöcher ist dieser Tage in Rom, wo er Mitglied der französischen Vertretung beim Vatikan war, gestorben.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Kabb Wetterlöcher gehörte politisch schon seit Jahren zu den Versessenen. Er ist der eifrigste und skrupelloseste Gegner gegen das Reich gewesen. Nach ein Jahr vor Kriegsausbruch reiste er in Frankreich umher, um Propaganda für die Wiedergewinnung der Reichslande zu machen, ohne dass die deutschen Behörden ihm deswegen etwas anhaben konnten. Nach Ausbruch des Krieges schickte er bekanntlich sofort über die französische Grenze und setzte während der Kriegsjahre in der Pariser Presse seine Verleumdungskampagne gegen Deutschland in verstärktem Ausmaß fort. Nach dem Krieg im Blick selbst wieder eine Rolle zu spielen versuchte, musste er die Erfahrung machen, dass er abgewirtschaftet hatte. Die französische Regierung gewährte ihm für seine Verdienste das Gnadenlohn als „nationaler Beitrag“ der französischen Volkspartei am Vatikan.

Mr. 275
Ball
esend"
Sri...
2
und
3
chester
Regelbahn
loben wird
Liebe
enschau